



Klaus Herrmann

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Direktmandat Wahlkreis Ludwigsburg

Presse-Information
6. Februar 2016

Klaus Herrmann trifft sich mit Tammer Bürgermeister Martin Bernhard zum Gespräch

„Ich will mich auch in der nächsten Legislaturperiode im Landtag für unsere Kommunen stark machen“, sagt der Ludwigsburger Landtagsabgeordnete Klaus Herrmann nach dem Gespräch beim Tammer Bürgermeister Martin Bernhard, „die Herausforderungen für unsere Städte und Gemeinden sind größer geworden.“ Wichtigstes Thema beim Gespräch, an dem auch der CDU Fraktionsvorsitzender Adolf Bommer und die Regionalrätin und Zweitkandidatin Elke Kreiser teilnahm, war die Ausweisung neuer Baugebiete. Mit den Gebieten „Kernäcker III“, wo 75 Wohneinheiten möglich wären, sowie „Nördliche Alleenstraße“, wo um 500 Wohneinheiten möglich wären, gibt es noch Potential im Ort. Die Ausweisung neuer Baugebiete müsse jedoch Umweltverträglich angegangen werden. Tamm liegt mit dem S-Bahnanschluss auf einer Entwicklungsachse der Region.

Bürgermeister Bernhard berichtete über anstehende Investitionen wie eine Mensa für Grund- und Realschule. damit die Schulen in Tamm offene Ganztagschulen werden können. „Ich begrüße sehr, dass die Schulen in Tamm offene Ganztagschulen werden, so dass die Eltern die Entscheidungsfreiheit haben, ob und in welchem Umfang ihre Kinder betreut werden sollen“, sagt Klaus Herrmann.

Bernhard berichtete auch über die Flüchtlingsunterbringung in Tamm. „Ich erhoffe mir Unterstützung von den übergeordneten Ebenen bei den Folgekosten für Integrationsmaßnahmen“, sagt Bernhard, „zudem wäre es gut, wenn datenschutzrechtliche Bestimmungen gelockert werden, zum Beispiel dass der Landkreis vorab mitteilen kann, wen er uns zuweist!“ Klaus Herrmann

hält beides für richtig und will sich im Landtag dafür einsetzen. Generell sei die Lage von Unübersichtlichkeit geprägt, so Bernhard, die Abschaffung der Residenzpflicht habe sich in diesem Zusammenhang als falsch erwiesen. „Winfried Kretschmann und die Grünen sind hauptverantwortlich für die Abschaffung der Residenzpflicht. Ohne die Abschaffung hätten sie im Bundesrat nicht zugestimmt, die Staaten des Westbalkans als sichere Herkunftsstaaten zu erklären“, stellt Klaus Herrmann fest, „die Abschaffung war ein Fehler.“

Bildunterschrift: v.l.n.r. Bürgermeister Martin Bernhard, Landtagsabgeordneter Klaus Herrmann, Zweitkandidatin und Regionalrätin Elke Kreiser und CDU Fraktionsvorsitzender Adolf Bommer im Rathaus